

Pressemitteilung

"Soziales, Naturschutz und Wirtschaft stehen nicht im Widerspruch zum Klimaschutz! Wer zukünftig funktionierende Gesellschaften und erfolgreichen Naturschutz wirklich will, für den gibt es zu einem engagierten Klimaschutz keine Alternative!", so Johann-Georg Jaeger, Vorsitzender des Landesverbandes Erneuerbare Energien MV e.V.

Landesverband Erneuerbare Energien
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Lübecker Straße 24
19053 Schwerin

E-Mail: info@lee-mv.de
Web: www.lee-mv.de

Klimaschutz durch Wärmewende und
Sektorenkopplung

Antje Habeck
Leitung Kommunikation
Telefon: 0385/3939 2930
E-Mail: antje.habeck@lee-mv.de

Schwerin, 14. Januar 2022

Die vom Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck vorgelegten Klimaschutzpläne sind ein hoffnungsvolles Zeichen nach Jahren mangelhafter politischer Unterstützung der Bundespolitik für den Klimaschutz und damit ein echtes Aufbruchssignal!

Von zentraler Bedeutung sind bei diesen Plänen zwei entscheidende Punkte: der Ausbau der Erneuerbaren Energien auf 80% bis zum Jahr 2030 und die gesetzliche Verankerung des 2%-Flächenzieles für die Windkraft. Wenn die Bundesregierung diese beiden Punkte umsetzen kann, dann hat Deutschland eine reale Chance, seine beim Pariser Klimaschutzabkommen eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Hier ist die Bundesregierung auf eine Zusammenarbeit mit den Bundesländern angewiesen und deshalb brauchen wir von der Landesregierung MV klare Signale der Unterstützung für diese Ziele! Bisher beschränkt sich das Engagement der Landesregierung aber eher auf gegenteilige Signale: das 2%-Flächenziel für die Windkraft wurde nicht im Koalitionsvertrag der Koalitionspartner SPD und Linke verankert, obwohl es das ausdrückliche Ziel der Linken in ihrem Wahlprogramm war. Das wichtige Energieministerium wurde aufgelöst. Der dort erarbeitete Windenergieerlass und das Klimaschutzgesetz sind zwar angekündigt, werden politisch aber nun auf die lange Bank geschoben. So soll das Klimaschutzgesetz erst Ende 2023 beschlossen werden, obwohl schon heute ein fertiger und diskussionswürdiger Entwurf existiert.

Bedauerlich ist die Kritik des energiepolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion Daniel Peters an den Klimaschutzplänen des Bundesministers. Gerade der frühere Bundeswirtschaftsminister (Peter Altmaier, CDU) hatte nur halbherzig für die Unterstützung der von Erneuerbaren-Energie-Projekten betroffenen Kommunen gekämpft. So sollten die Zahlungen (0,2 Cent/kWh bei Neuanlagen) an die Kommunen nur freiwillig sein. Auch die dringend notwendige Entlastung von den Netzkosten, die die Bewohner in den ländlichen Räumen überwiegend zu tragen haben, wurde nur bei den eher unwichtigen Übertragungsnetzen und nicht bei den viel wichtigeren Verteilnetzen erreicht. Ein Punkt übrigens, für den die neue Landesregierung jetzt kämpfen will! Die Ampelkoalition hat schriftlich vereinbart, dass die Unterstützung der betroffenen Kommunen für die Betreiber der EE-Anlagen zukünftig nicht mehr freiwillig ist und diese Zahlungen auch auf alle Altanlagen ausgedehnt werden sollen. Daniel Peters hätte also allen Grund zur Freude, wenn es ihm um die Unterstützung der betroffenen Kommunen geht! Wir werden mit ihm das Gespräch suchen.